
Parteilose in der Kommunalpolitik

Eine Untersuchung bei Mitgliedern von Schweizer Gemeindeexekutiven¹

Hans Geser / Urs Meuli
Soziologisches Institut der Universität Zürich
2010/2011

2. Kapitel: Die kommunale Politik im Zeichen der Parteienkrise: qualitative Befunde

2.1 Einleitung

Die Rede von der Krise der Parteien ist zum Allgemeinplatz geworden. Seit den 1970er Jahren werden in der westeuropäischen und amerikanischen Forschung Probleme der Parteien auf der Ebene des Parteiensystems und der Binnenorganisation erörtert. Einer der am heftigsten diskutierten Punkte betrifft organisationelle Leistungsschwächen wie sinkende Mitglieder- oder Sympathisantenzahlen. Dieser negative Trend ist seit einigen Jahren auch für die Schweizer Parteien bestätigt worden. Es wurde festgestellt, dass den Lokalparteien innerhalb von nicht einmal 15 Jahren rund 25 Prozent ihres Mitgliederbestandes abhandengekommen ist. Unter diesem Mitgliederschwund leiden vor allem die Lokalparteien, die die Basis des nationalen Parteiensystems bilden.

Damit stellt sich die Frage, wie sich diese negative Entwicklung auf das politische System in den Gemeinden auswirkt. Gerät es seinerseits in eine kritische Situation? Oder gelingt es in den Gemeinden die Mängel der Parteien durch andere Organisationsformen, durch ausserparteiliche Gruppierungen zu kompensieren? Oder sind für das Funktionieren der Gemeindepolitik Parteien oder parteiähnliche Organisationen gar nicht notwendig? Wenn Krisensymptome in der Gemeindepolitik vorhanden wären, müssten sie sich vor allem auch in der *Exekutive*, dem wichtigsten und einflussreichsten Gremium der Gemeindepolitik bemerkbar machen.

Im folgenden Kapitel wird in einem ersten Abschnitt die Bedeutung der Gemeinde als Lebensraum und als politisches System beschrieben. Danach kommt in drei Teilen (2.3 bis 2.5) die Meinung der befragten Gemeinderäte über die Bedeutung der Parteien für ihre eigene Tätigkeit in der Exekutive, für die Gesamtexekutive und für die Gemeindepolitik im Allgemeinen zur Sprache. Und in einem letzten Abschnitt (2.6) werden schliesslich einige Gedanken – wieder aus der Sicht der interviewten Gemeinderäte - über die Zukunft der Parteien in der Gemeindepolitik vorgelegt.

2.2 Wandlungen der Gemeinde als Lebensraum und als politisches System

¹ Die empirischen Ergebnisse dieses Forschungsberichts stammen aus dem Projekt : „Gemeindepolitik ohne Parteien?“, das der Schweiz. Nationalfonds vom 1. April 2008 bis zum 31. Sept. 2011 finanziell unterstützt hat (Projekt Nr. 100012-120614).

Vor noch nicht allzu langer Zeit waren die Schweizer Gemeinden in bester Verfassung. Nach einem Zwischentief gab es in den ausgehenden 1980er Jahren wieder „Anzeichen dafür, dass sich die Gemeinde einer neuen Popularität erfreut“ (Ladner 1991: 92). Sie wurde wieder vermehrt als wiederentdeckter Lebensraum wahrgenommen, bei dessen Ausgestaltung die Bürger direkt partizipieren können und damit die Möglichkeit besitzen, selbstbestimmte Vorstellungen der Realitätsbewältigung zu erproben (ebd.).

Im Spannungsverhältnis zwischen politischer und wirtschaftlicher Vernetzung und Globalisierung von Entscheidungszentren und einem wachsenden Bedürfnis nach Heimat mittels einer Rückgewinnung dezentraler Handlungsspielräume und sozialer Identifikation (Geser 1996: 5f.) schienen sich die Schaffung, Erhaltung oder Revitalisierung föderalistischer binnenstaatlicher Strukturen als günstig zu erweisen (Mayntz 1990). Denn *„je mehr technisch-wirtschaftliche Gründe grössere Regionen notwendig machen, desto mehr braucht der Mensch Geborgenheit im überschaubaren Lebensraum“* (Frey 1984: 85). Unter der Losung „Think Globally, Act Locally“ ist das Lokale zum komplementären Nennwert der Globalisierung ausgerufen worden.

Dieses ideale Bild des Lokalen ist in der Zwischenzeit etwas rissig geworden. In den Gemeinden finden sich Entwicklungen, die auf ernsthafte Probleme hinweisen. So hat in verschiedenen Bereichen ein Abbau von lokalen Strukturen stattgefunden, der immer noch im Gange ist und noch lange nicht abgeschlossen scheint. Als Stichworte dienen hier das Lädeli- und Beizensterben, die Schliessung vieler unrentabler Poststellen oder oder die Zentralisierung von Banken und Versicherungen, die ihr dezentrales Netz an lokalen Filialen ausgedünnt haben.

Im Konsum- und Freizeitbereich hat allgemein eine Verlagerung von Aktivitäten von ländlichen Gebieten in die Zentren stattgefunden. Eine Flut von Shopping Centern auf der grünen Wiese, aber auch in zentrumsnahen Gebieten hat die Kunden aus den Dörfern vertrieben. In den letzten 40 Jahren sind in der Schweiz über 100 Shopping Center entstanden. Viele von ihnen wirken weit über ihre Kernfunktionen hinaus und gelten heute als Zentren für Freizeitaktivitäten, denn immer häufiger führt der Familienausflug am Wochenende ins Einkaufszentrum.²

Im Eventbereich hat eine Verschiebung zu Grossanlässen in Kernstädten und Zentren zu Lasten von Randgebieten stattgefunden. Die gestiegene Mobilität, ausgelöst durch den Ausbau des öffentlichen und privaten Verkehrs, erlaubt es Personen jeglichen Alters, jederzeit die ständig wachsende Zahl grosser Anlässe in den Zentren zu frequentieren. Nicht von ungefähr wird Zürich die grösste Festhütte der Schweiz genannt, weil Scharen von Vergnügungshungrigen am Wochenende die grösste Schweizer Stadt füllen.

Aus demographischer Sicht sind für die Situation der Gemeinden soziokulturelle Unterschiede zwischen dem ländlichen Raum und den Kernstädten resp. den zu diesen gehörenden Agglomerationsgürteln besonders interessant (vgl. dazu Michael Hermann et al. 2005). Zwar ist sowohl in städtischen wie auch in ländlichen Gebieten eine andauernde Urbanisierung der Bevölkerung festzustellen, aber diese findet auf unterschiedlichen Niveaus statt. Während sich die Kernstädte vor allem in soziokultureller Hinsicht vom ländlichen Raum unterscheiden, heben sich die Agglomerationen in erster Linie in sozioökonomischer Hinsicht von den ländlichen Umgebungen ab.

² Shoppingcenter sind heute Freizeitparks. In Tagi Online, 13.9.2010.

In den Kernstädten hat sich im Zeichen der Reurbanisierung, der Wiederentdeckung der Städte als attraktive Wohngebiete, eine neue urbane Mittelschicht mit hohem sozialem Status und vor allem hohen Individualisierungswerten gebildet. Die Bevölkerung in den Agglomerationsgemeinden weist etwas tiefere Individualisierungswerte, dafür höhere Werte im sozialen Status als die Bewohner der Städte auf. Für die Situation der Gemeinden ist der relativ tiefe soziale Status der Landbevölkerung besonders folgenreich. Denn durch die laufende Abwanderung gut ausgebildeter Menschen ist die Absenz einer breiten Oberschicht für die meisten Landgemeinden typisch (ebd.: 53).

Diese schwache Ausbildung einer Oberschicht resp. ihre Ausdünnung durch Abwanderung in vielen ländlichen Gemeinden - die den Grossteil der Schweizer Gemeinden ausmachen – ist ein wichtiger Grund für die grossen Probleme dieser Gemeinden bei der Rekrutierung von Kandidaten für die Exekutivämter. Allerdings ist es nicht so, dass diese gut ausgebildeten Wanderer für ein Überangebot an Kandidaten in den städtischen Gemeinden sorgen. Denn dieser sehr mobile Teil der Gesellschaft konzentriert sich mehrheitlich auf die Erreichung individueller Ziele und ist für die Belange der politischen Gemeinde nicht sehr empfänglich, so dass sich die Auswahl in den städtischen Gemeinden oft auf die alteingesessenen Bevölkerungssegmente konzentriert.

Ein weiterer Störfaktor ist die Abwendung grosser Teile der Wirtschaft von der Politik im Allgemeinen und von der Gemeindepolitik im Besonderen. Einerseits hat die Internationalisierung der Schweizer Wirtschaft in den letzten zehn Jahren markant zugenommen. *„Damals waren die Chefs der grossen Konzerne Schweizer – und Patrioten. Heute sitzen in den Boards und CEO-Büros auch viele Ausländer, welche die Schweiz zwar schätzen, aber doch wenig Bezug zur schweizerischen Politik und Gesellschaft haben. Auch in der KMU-Welt gibt es diese Entwicklung.“*³ Zum anderen hat die Aufhebung von wirtschaftlichen Schranken und Grenzen zu einer Verringerung der Betriebe geführt, die hauptsächlich in einem lokalen oder regionalen Markt tätig sind. Die meisten Firmen haben sich aus der lokalen Umklammerung gelöst und sind oft auch international tätig. Damit hat die lokale Politik für sie höchstens noch marginalen Charakter, und die Freistellung von Angestellten für Behördenämter wird von den Chefetagen meistens nicht gefördert (wenn nicht sogar entmutigt oder untersagt).

Schliesslich verstärken auch Veränderungen der gesellschaftlichen Wertekultur den Druck auf die Gemeinden. Klages (1999) hat festgestellt, dass sich der Wandel zentraler Werte nachhaltig auf die sozialen Grundeinstellungen und Verhaltensbereitschaften der Menschen auswirkt. Bei Betrachtung der Veränderungen des politischen Interesses der Bevölkerung, zeigt sich einerseits ein verstärktes Bedürfnis nach Autonomie und mehr Mitentscheidungsrechten, andererseits aber auch eine abnehmende Bereitschaft zur Übernahme von Rollenpflichten und zur Akzeptanz von formalen Autoritätsansprüchen (Klages 1999: 5). Insgesamt hat das politische Interesse nicht, wie häufig vermutet, abgenommen, sondern im Gegenteil eher zugenommen. Nur haben sich die Art und die Felder des politischen Engagements den veränderten Lebensformen angepasst.

Für das kommunale politische System ergeben sich durch diese Veränderungen einschneidende Konsequenzen. Die Bewohner nehmen zur Exekutive oder einzelnen Exekutivmitgliedern prinzipiell eine kritischere Haltung ein und sind auch schneller und häufiger gewillt, für sie missliebige Entscheide anzufechten. Kommunales Regieren wird damit

³ Thomas Held, Direktor Avenir Suisse, in einem Interview in der Sonntagszeitung vom 24. 10. 2010, S. 25-27.

schwieriger und aufwendiger, Entscheide können nicht mehr alleine mit dem Autoritätsprinzip durchgedrückt werden, sondern wichtiger ist häufig das Gewicht guter Argumente, aber nicht selten können Projekte oder Pläne durch Einzelinteressen blockiert oder zu Fall gebracht werden.

Dazu erklärt die abnehmende Bereitschaft zur Übernahme von Pflichtaufgaben zu einem grossen Teil die Schwierigkeiten der Gemeinden bei der Suche nach fähigen Kandidatinnen und Kandidaten für die Exekutivämter. Die Leute sind immer weniger bereit, sich langfristig an ein Ehrenamt zu binden. Vielmehr bevorzugen sie kurzfristige und situative Engagements in Ad hoc- und Projektgruppen. Dieses Verhalten korrespondiert aber nicht mit der Ausübung eines anspruchsvollen und zeitintensiven Exekutivamts, das dem Mandatsträger nur beschränkt öffentliche Meriten einbringt.

Schliesslich krankt auch das politische System an einer schweren Krise der lokalen Parteien. Die Basis der Parteien ist richtiggehend weggeschmolzen, innerhalb von 15 Jahren haben die Lokalsektionen der vier grossen Bundesratsparteien mehr als ein Fünftel der Mitglieder und gegen ein Drittel der Aktiven verloren. Viele Sektionen sind personell so stark ausgeblutet, dass sie auch bei kommunalen Wahlen handlungsunfähig sind; manche bestehen nur noch aus einer Briefkastenadresse oder einer Handvoll Personen und sind im Dorfleben nicht mehr präsent. Aber auch Lokalsektionen, die noch über genügend personelle Ressourcen verfügen, um in der Gemeindepolitik eine aktive Rolle auszuüben, fällt es immer schwerer, Bürger zu finden, die sich der Partei als Kandidaten für lokale Ämter zur Verfügung stellen.

Dazu kommt, dass sich der Fokus der politischen Öffentlichkeit immer stärker auf die nationale Politik konzentriert. Darunter leiden die Kantone und die Kantonalparteien, aber vielmehr noch die Gemeinden und die Lokalsektionen. Die finanziellen Mittel, über die die Parteien verfügen, werden zum grossen Teil für die nationale Partei und für nationale Aktivitäten eingesetzt. Für den Ausbau und die Pflege der Basis in den Gemeinden bleibt nichts übrig, und mit Ausnahme der SVP hat keine Partei sich grundsätzlich auf den Schwund der eigenen Basis reagiert.⁴

Dieses ganze schwierige Umfeld offenbart sich im politischen System durch die zunehmenden Probleme der Gemeinden bei der Personalrekrutierung für die öffentlichen Ämter. In den Schweizer Gemeinden dürften rund 150'000 Ämter zu besetzen sein, fast alle in ehrenamtlicher Funktion. Besonders schwer tun sich die Gemeinden bei der Besetzung der Schlüsselpositionen des kommunalpolitischen Systems, den Exekutivämtern. Trotzdem ist es bisher – zum Teil unter Anwendung von sozialen Druckmitteln – gelungen, die mehr als 15'000 Exekutivsitze alle zu besetzen.

Damit stellt sich die Frage, welche Bürgerinnen und Bürger sich trotz aller Widrigkeiten in ein Exekutivamt wählen lassen. Welches sind ihre Beweggründe, und welche Ziele verfolgen sie in ihrem Amt? Und welche Auswirkungen sind durch die Krise der Parteien auf die Exekutiven zu erwarten? Solchen Fragen soll in den folgenden Abschnitten nachgegangen werden.

Zu diesem Zweck ist im Jahre 2008 eine qualitative Befragung von insgesamt ca. 50 Exekutivmitgliedern in Deutschschweizer Gemeinden durchgeführt worden. Das primäre Ziel der Befragung bestand darin, in offenen Gesprächen die vielfältigen Effekte zu explorieren, die mit einem unterschiedlichen Grad der Parteibindung resp. der Parteilosigkeit verbunden sind. In 15 Gemeinden unterschiedlicher Grösse Gespräche sind mit je zwei bis drei Gemeinde- bzw.

⁴ Die SVP hat in den letzten Jahren grosse Anstrengungen unternommen, sich in verschiedenen Gebieten (französischsprachige Schweiz, St. Gallen, Innerschweiz) durch Neugründungen von Lokalsektionen zu etablieren.

Stadträten durchgeführt worden. Bei der Auswahl der Gemeinden wurde speziell darauf geachtet, dass in den Exekutiven jeweils sowohl Parteivertreter als auch Parteilose vertreten sind.

2.3 Lokale Parteien in der Nebenrolle

In den meisten Voten der befragten Ratsmitglieder wird ein skeptisches bis düsteres Bild der Situation der Lokalparteien gezeichnet. Zwar bezeichneten die Befragten in der einen oder anderen grösseren Gemeinde die Parteienlandschaft als intakt und den Parteienwettbewerb als vital. Aber auch in diesen Gemeinden leiden die Parteien an Überalterung und einem Schwund ihrer Mitgliederbasis. In vielen Gemeinden fristen die Lokalparteien ein sehr schwieriges Dasein, und nicht selten wird sogar von völlig inaktiv gewordenen Parteisektionen gesprochen, die nur noch auf dem Papier existieren.

In **Weesen**, einer traditionell von der CVP dominierten Gemeinde, sind die CVP und die FDP als Parteien in der Gemeindepolitik praktisch nicht mehr aktiv. In der CVP war im Zeitpunkt der Befragung das Präsidium pendent und es wurde auch kein Jahresbeitrag mehr bezahlt. Wie Gemeinderätin Schneeberger im Gespräch bestätigte ist die CVP in Weesen „in einem schlafenden Zustand, sie ist nie aufgelöst worden, es gibt eine Mitgliederliste, man ist da noch drauf, also gehört man irgendwie noch dazu, aber faktisch existiert sie eigentlich nicht mehr.“ Der Grund für diesen desolaten Zustand ist, dass sich niemand mehr für die Basisarbeit zur Verfügung stellt. „*Parteiarbeit ist einfach nicht spannend und bringt nichts*“. Und nach Schneeberger hat sich gezeigt, dass Gemeindepolitik auch ohne Parteien funktioniert, zumindest in so kleinen Gemeinden wie Weesen.

Bei der Bestellung der letzten beiden Gemeindepräsidenten wurde in Weesen die Wahl durch ein überparteiliches Komitee vorbereitet. Da die Parteien nicht mehr in der Lage waren, eigene Kandidaten zu portieren, wurde das Präsidentenamt 2003 in den Medien ausgeschrieben. Aus 14 eingegangenen Bewerbungen hatte sich schliesslich der parteilose Mario Fedi durchgesetzt, ein in der Gemeinde wohnhafter Untersuchungsrichter am Bezirksgericht Flums.

Eine der Knacknüsse der Parteien ist die zunehmende Mobilität in der Schweiz. In vielen Gemeinden ist der Anteil der Neuzugezogenen in der Bevölkerung in den letzten 20 bis 30 Jahren drastisch gestiegen. Das Problem für die Parteien besteht darin, dass sie nur sehr schlecht an diese neue Bewohnerschaft herankommt. Ein Grund dafür besteht einerseits darin, dass weil Gemeinden mit ihren vereinsmässigen Strukturen sehr stark auf die alteingesessenen Bürger ausgerichtet sind. Andererseits gilt auch der Umkehrschluss, dass für die Neuzugezogenen die traditionellen Parteien wenig attraktiv sind, weil diese die Bedürfnisse dieser neuen Bevölkerungsschichten nicht kennen. Damit verkleinert sich der Anteil der Bevölkerung, der für die Parteien erreichbar bleibt, zusehends; und gleichzeitig wird der Einfluss der Parteien dementsprechend geringer.

Besonders anfällig für diese Entfremdung zwischen Bevölkerung und Politik sind Gemeinden, deren Politik von einer einzigen Partei dominiert wird. Während in den CVP-Hochburgen meistens auch die FDP in den Gemeinden eine wichtige Position einnimmt, verfügt die SVP in ihren Kerngebieten häufig über ein politisches Monopol. So ist beispielsweise in **Dänikon** (einer Gemeinde aus dem Zürcher Unterland) die SVP seit Menschengedenken die einzige Partei, die die Geschicke der Gemeinde bestimmen kann. Vor einigen Jahren geschah es, dass ein zugezogener Einwohner in der Däniker SVP Mitglied wurde, dort aber nicht recht heimisch

wurde und wegen persönlicher Differenzen wieder zur Partei austrat. Als Gegengewicht zur einzigen Partei im Dorf hat er ein politisches Forum, die politische Interessengemeinschaft Dänikon „PI 8114“ gegründet. Sie ist mit der Idee gegründet worden, Leuten, die sich nicht der SVP zugehörig fühlen, eine Plattform zu schaffen, die ihnen eine aktive politische Teilnahme ermöglicht.

1998 ist der heutige Gemeindepräsident von Dänikon, Daniel Zumbach, als Vertreter des „PI 8114“ in den Gemeinderat gewählt worden. Politisch verortet er diese Gruppierung klar als neutrale Organisation, die sich nicht auf eine bestimmte ideologische Ausrichtung festnageln lässt, sondern sich als Medium versteht, das interessierten Bürgern vielseitige politische Informationen liefern will. Es geht letztlich darum, das Verständnis der Stimmbürger für politische Geschäfte und Anträge zu erhöhen. So ist „PI 8114“ zur Anlaufstelle für Leute geworden, die sich für die Gemeindeangelegenheiten interessieren, aber nicht in der SVP politisieren wollen. Faktisch ist sie aber in erster Linie die politische Heimat der Zugezogenen. Nach Zumbach besteht in der Däniker Politik somit eine strikte Teilung in die „Alten“ mit der SVP und die „Neuen“ in der „PI 8114“.

Die politische Unbestimmtheit der politischen Interessengemeinschaft sieht Zumbach letztlich aber als Schwäche an. Zumbach ist nach seiner ersten Amtsperiode aufgrund inhaltlicher Unstimmigkeiten aus dem „PI 8114“ ausgetreten und amtiert heute als Unabhängiger im Gemeindepräsidium. Für ihn ist die heutige Situation ein grosser Vorteil, kann er doch ohne Rücksichten Entscheidungen treffen, die seinen Überzeugungen entsprechen. Gleichwohl hat die PI 8114 aber massgeblichen Anteil daran, dass sich im fünfköpfigen Gemeinderat heute drei Mitglieder als Parteilose bezeichnen und nur noch zwei der SVP angehören. Das Problem der SVP sieht Zumbach vor allem darin, dass ihr der Draht zur Bevölkerung fehlt und dass sie nicht oder nur schlecht in der Lage ist, neue aktuelle politische Themen aufzunehmen.

Ähnliche Verhältnisse wie in Dänikon lassen sich in der kleinen Gemeinde **Trimstein** aus dem äusseren Agglomerationsgürtel von Bern vorfinden. Auch in Trimstein ist die SVP die einzige Partei – oder besser gesagt *war* sie es, denn die Sektion Trimstein scheint im Verzeichnis der Sektionen der SVP des Kantons Bern heute gar nicht mehr auf (Stichtag: 18.11.2010). Auf jeden Fall existierte die Sektion Ende 2007 noch, sie war aber schon so geschwächt, dass vom siebenköpfigen Gemeinderat nur noch ein Amtsträger SVP-Mitglied war, während alle anderen keiner politischen Partei angehörten. In Trimstein hat sich exemplarisch gezeigt, dass Parteien, die sich nur auf den alten Kern der Einwohnerschaft konzentrieren (bzw es nicht schaffen, zugezogene Einwohner, die nicht über die gleichen sozioökonomischen Merkmale wie die Alteingesessenen verfügen, in ihre Reihen einzugliedern), keine tragfähige Zukunft haben.

In **Benken**, einer mittleren Gemeinde im Kanton St. Gallen, sind laut Homepage der Gemeinde die drei bürgerlichen Parteien CVP, FDP und SVP aktiv. Allerdings ist in der FDP momentan das Präsidentenamt vakant und im Verzeichnis der Ortsparteien der kantonalen FDP ist sie auch nicht erwähnt, so dass davon ausgegangen werden muss, dass sie nicht mehr existiert. Die SVP hinterlässt in der Gemeindepolitik keine personellen Spuren, sodass nur die CVP übrigbleibt. Sie stellt denn auch aktuell drei von fünf Gemeinderäten. Die Gemeinde hat aber in der Politik bewegte Jahre hinter sich. In der Amtsperiode 2000 bis 2004 liefen die Geschäfte im Gemeinderat aus verschiedenen Gründen, die an dieser Stelle nicht näher erörtert werden sollen, aus dem Ruder. Rücktritte aus dem Gemeinderat waren die Folge, und die ganze Unruhe kulminierte an einer Bürgerversammlung 2004, als Teile der Jahresrechnung 2004 zurückgewiesen wurden. Es wurde Tabula Rasa gemacht und allgemein ein Neuanfang gefordert.

Drei bisherige Gemeinderäte, die noch einmal antraten, wurden bei den Wahlen 2004 abgewählt, und um das Präsidium entbrannte ein harter Kampf zwischen dem Vertreter der CVP und der neu gegründeten „Bürgerbewegung 2004“, der im ersten Wahlgang in ein Patt mit exakt gleicher Stimmenzahl mündete. Der Vertreter der CVP setzte sich im zweiten Wahlgang schliesslich durch, aber der Gemeinderat war, wie es die Linth-Zeitung feststellte, nach den Wahlen nicht mehr wieder zu erkennen: Alle Gesichter waren neu, von der CVP wurde nur ein Kandidat gewählt, zwei Neue waren parteilos und zwei gehörten der erwähnten Bürgerbewegung 2004 an, faktisch waren auch diese parteilos.

Alles in allem war es eine schallende Ohrfeige für das politische Establishment, das nicht mehr in der Lage war, die Gemeindepolitik in gewohnter Manier zu kontrollieren. Und der Vertreter der CVP, Gemeindepräsident Tresp, war ursprünglich auch nicht von der CVP portiert worden, obwohl er in der Ortspartei der CVP in einer Nachbargemeinde schon aktiv gewesen war. Er hatte sich persönlich auf die Ausschreibung gemeldet, weil er in Benken häufig auf der Strasse auf die Wahl angesprochen worden war und ihn verschiedene Leute für eine Kandidatur ermuntert hatten. Er hatte weder mit der CVP noch mit dem überparteilichen Komitee, das die Wahlen organisierte, vorher Kontakt. Heute ist er aber für die CVP im Amt.

Am Beispiel Benken zeigt sich exemplarisch das Problem der traditionellen Parteien, denen es schwerfällt, neben den alten politischen Eliten auch interessierte politische Personen aus dem Segment der Neuzuzüger an sich zu binden. In kritischen Phasen wird deutlich, dass die Parteien personell zu schwach besetzt sind. Praktisch aus dem Nichts können so einzelne Personen oder Interessengruppen die ganze Gemeindepolitik umkrempeln. Andererseits ist es unter anderem auch das Verdienst der CVP Benken, dass sich die Politik im Dorf in der Zwischenzeit wieder beruhigt hat und der Gemeinderat mit drei CVP-Mitgliedern und zwei Parteilosen wieder Stabilität erlangt hat.

Eine ähnliche Situation wie in Benken hat in **Meierskappel**, einer peripheren Gemeinde im Kanton Luzern, zur Gründung einer parteilosen Gruppierung. „GiB-M“ (Gruppe interessierter Bürger Meierskappel). Nach Armin Huber, Mitglied von „GiB-M“ und Gemeindepräsident von Meierskappel 2000 bis 2008, waren es zwei für die Gemeinde schwerwiegende, miteinander eng verknüpfte Probleme, die Antrieb zur Gründung von GiB-M gegeben haben. Einerseits war es die desolate Situation, in der sich Meierskappel befand: Schulden, keine Bautätigkeit und keinerlei Vorstellungen über die weitere Entwicklung der Gemeinde im Gemeinderat. Andererseits verfügten die Parteien, die noch die Politik in ihren Händen hatten, nicht über die Mittel, in Meierskappel etwas zu bewegen. Nach Huber war die Situation absolut verfahren. Armin Huber und eine Handvoll Gleichgesinnter standen diesem Zustand kritisch gegenüber, und irgendwann erkannten sie, dass sie Verantwortung übernehmen müssen. Huber kandidierte 2000 für das Präsidium und wurde als Repräsentant von „GiB-M“ gewählt.

„GiB-M“ versteht sich als Gegenentwurf zu einer Partei. Sie will explizit keine Partei sein. Sie hat keine formelle Organisation und ist auch kein Verein. Zur „GiB-M“ gehören rund zehn Personen aus unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Kreisen. Vom Bauer über den Gärtner bis zum Geschäftsmann sind unterschiedlichste Berufsgattungen vertreten. Sie treffen sich jeweils privat bei einem Mitglied zu Hause, ungefähr viermal im Jahr. Huber informiert dabei in der Versammlung über konkrete Geschäfte im Gemeinderat; die einzelnen Geschäfte werden aber nicht in der Gruppe diskutiert und es werden auch keine Beschlüsse gefasst. Hauptziel des „GiB-M“ besteht vornehmlich darin, für Bürger, die sich politisch aktiv, d.h. in einem Amt betätigen wollen, eine Plattform zu bieten.

„GiB-M“ ist ganz klar mit dem Ziel gegründet worden, die Geschicke der Gemeinden in die Hand zu nehmen. Sie will keine Opposition sein, sie versteht sich auch nicht als politische Gruppierung. In ihrem Verständnis bestehen Gemeindeangelegenheiten aus rein sachlich-

technischen und administrativen Problemen und die Basis der Gemeindeentwicklung sind ausschliesslich rationale Kriterien.

Wie alle diese Bürgergruppen wird auch „GiB-M“ Probleme bekommen, sich langfristig in der Gemeinde zu halten, denn weil die Mitglieder der Gruppe einen geschlossenen Kreis bilden, werden sie über kurz oder lang Nachwuchsprobleme beklagen müssen. Sie sind sich dieser Problematik denn auch durchaus bewusst. Um als aktive Gruppe überleben zu können, müssen sie nicht nur den Personenbestand ausbauen, sondern sich auch ein Minimum an Strukturen geben. Überlegungen in diese Richtung haben sie gemacht, und aus der Bevölkerung vernehmen sie Anzeichen, dass sich noch weitere Bürger von Meierskappel auf ihre Art im „GiB-M“ aktiv sein möchten.

Aber die Vorteile dieser unkomplizierten Art der Gruppenbildung überwiegen aus der Sicht von Huber eindeutig, denn die Leute im „GiB-M“ möchten sich ausserhalb der traditionellen Parteien für die Gemeinde engagieren. Die wichtigsten Vorteile von GiB-M sind nach Armin Huber:

- die Konzentration auf das Lokale,
- Unabhängigkeit von übergeordneten Parteiprogrammen,
- keine Einengung durch formelle Hindernisse und
- eine Konzentration auf die Geschäfte, die für die Gemeinde wichtig sind.

Es ergeben sich aus der Sicht von „GiB-M“ aber auch Nachteile. So sind politische Karrieren über diese lokalen Gruppen nicht möglich. Wer ein Kantonsratsmandat oder ein anderes überlokales Amt anstrebt, ist in einer traditionellen Partei besser aufgehoben. Dazu ist die Stabilität der Gruppe nicht gewährt. Stärker als Parteisektionen sind sie von einzelnen Persönlichkeiten abhängig, wenn z.B. jemand aus der Gemeinde wegzieht, kann unter Umständen der Fortbestand der Gruppe gefährdet sein.

Aber viel stabiler ist die Personalsituation in den Ortsparteien auch nicht mehr. Huber schreibt dies einem Negativimage zu, das den Parteien anklebt. „Die Zugehörigkeit zu einer Partei wird heute nur noch negativ assoziiert, die Parteien haben ein Etikett auf dem Rücken: „ah, das ist ein CVPler...“ Den Parteien fehle die Fähigkeit zum Konsens, zu vieles laufe über den Parteienwettbewerb. Wegen dieser Konzentration auf den politischen Diskurs mangle es ihnen auch an einem klaren Blick für die tatsächlichen Probleme der Gemeinde. Für fähige Leute, die sich engagieren wollen, seien die Parteien ungeeignet, weil sie sie unnötig einengen würden. Dazu sei der Typus des Fusssoldaten, der uneigennützig für die Partei Basisarbeit verrichte, praktisch ausgestorben (mit einer gewissen Ausnahme SVP).

Heute, vier Jahre später, besteht der Gemeinderat in Meierskappel aus je einem Vertreter des GiB-M, der CVP, der FDP, der SVP und einer Parteilosen.

2.4 Entstehen alternativer linker (und rechter) Gruppierungen

In den bisherigen Beispielen war die Entstehung lokaler politischer Gruppen oder das Aufkommen Parteiloser hauptsächlich mit der Schwäche der dominanten bürgerlichen Partei(en) verbunden. Alternative Gruppierungen können aber auch aufkommen, weil der soziodemographische Wandel der Bevölkerung und die vorrangigen Problemlagen (wie Umweltschutz, Tempo-30-Zonen oder Förderung des öffentlichen Verkehrs) durch klassisch bürgerliche Lokalpolitik nicht abgedeckt werden können. In mittelgrossen Gemeinden mit 3000 bis 10000 Einwohnern, die noch über eine relativ intakte Parteienlandschaft mit zwei oder mehr Ortssektionen verfügen, werden diese Defizite im politischen System durch politisch klar positionierte lokale Gruppierungen aufgefangen.

Si ist beispielsweise in **Entlebuch**, einer ländlichen Luzerner Gemeinde, in den 90er Jahren eine Gruppierung mit dem Namen „Freie Liste“ in die lokale Politik eingedrungen, die die von den bürgerlichen Parteien vernachlässigten ökologischen Fragen aufgenommen hat. Trotzdem hat in der mit etwas mehr als 3000 Einwohnern mittelgrossen Gemeinde die Gemeindepolitik keinen entscheidenden Wandel durchgemacht. Laut Robert Vogel, Gemeindeammann von der CVP, haben die Sektionen von CVP und FDP immer noch alles unter Kontrolle. Zwar hat sich auch in Entlebuch die SVP mit einer Sektion etabliert, die immer wieder Opposition gegen den Gemeinderat betreibt, aber mangels geeigneter Personen in der aktiven Gestaltung der Gemeindepolitik praktisch nicht in Erscheinung tritt.

Die eindeutige Leaderposition in der Gemeindepolitik gehört der CVP, die nach wie vor die Mehrheitspartei stellt und immer noch eine Monopolstellung einnimmt. Auch Gemeindeammann Robert Vogel, der in einer 80-Prozent-Stelle sein Amt ausübt, hat eine klassische CVP-Karriere hinter sich. Er stammt aus einer traditionellen CVP-Familie mit einer starken Verwurzelung in der Gemeinde und der Talschaft. Seine politische Karriere hat ihn über den Schulrat 1995 in den Gemeinderat als Sozialvorstand geführt, wo er seit 2004 als Vorsitzender amtiert.

Mehr Spuren als die SVP hat die schon erwähnte „Freie Liste“ hinterlassen, die ökologische Fragen in die Gemeindepolitik getragen hat. Da sich die Sozialdemokraten auf linker Seite in Entlebuch nie etablieren konnten, haben sich die Grünen als Vertreter alternativer Themen profiliert. Anfangs in den 90er Jahren hat man sie noch nicht sehr ernst genommen, in der Zwischenzeit haben sie es aber von einer belächelten Gruppe zu einer anerkannten politischen Kraft geschafft. Die traditionellen politischen Kräfte haben sich im Lauf der Jahre mit der Freien Liste arrangiert, weil sie eine Nische besetzen, die die Parteien nicht abdecken konnten oder wollten. Aber ihr Erfolg hat bewirkt, dass auch die Bürgerlichen heute nicht darum herum kommen, grüne Anliegen in ihrer Politik zu berücksichtigen.

Trotzdem aber hat es die „Freie Liste“ nicht geschafft, sich fest in der politischen Landschaft zu verankern; vielmehr ist sie eine informelle Gruppierung geblieben, die nur von Zeit zu Zeit auf sich aufmerksam macht. Im Gemeinderat ist die Freie Liste mit Joe Herzog als Sozialvorstand vertreten. Typischerweise sieht er sich mehr als Parteilosen denn als Vertreter der Freien Liste. Mit 50 Jahren hatte er eine neue Herausforderung gesucht. Als er vernahm, dass der bisherige Sozialvorstand Robert Vogel das Amt des Gemeindeammanns anstrebte, hat er beschlossen, für das Amt des Sozialvorstands in Entlebuch zu kandidieren. Weil es sich dabei - wie in anderen Luzerner Gemeinden - um eine 50-Prozent-Stelle handelte, hatte er die Möglichkeit, sich neben der Amtstätigkeit eine neue berufliche Existenz aufzubauen. Er war vorher als Katechet Oberstufenlehrer in Entlebuch und daneben in der Jugendarbeit tätig und allgemein sozial sehr engagiert, in der Kirche aktiv und Synodalrat. Sein ideologischer Hintergrund ist die katholische Sozialethik. Seinen Entschluss, an der Wahl teilzunehmen hatte er den Parteien kundgetan und sich so ihre Unterstützung zugesichert. Seine Kandidatur wollte er aber als Parteiloser, bzw. als Vertreter der Freien Liste durchziehen. An den Parteien missfällt ihm der Zwang zum vereinsmässigen Mitmachen; speziell stören ihn die vielen und langen Sitzungen und Versammlungen. Die informelle Basis und die fehlende Struktur der „Freien Liste“, die ihm alle Freiheiten lässt, entspricht demgegenüber perfekt seiner Grundhaltung.

Oberägeri, am Ägerisee im Kanton Zug gelegen, hat in den letzten 10 Jahren ein starkes Wachstum hinter sich. Seit 1999 ist die Bevölkerung um fast 18 Prozent auf rund 5400 Personen angewachsen. Die grosse Zahl relativ wohlhabender Neuzuzüger hat die Bevölkerungsstruktur sehr stark verändert, was auch für die Parteienlandschaft nicht ohne Folgen geblieben ist. Zum einen hat die Konkurrenz durch die neugegründete SVP die CVP geschwächt, und zum andern hat das in den 90er Jahren gegründete „Forum Oberägeri“ die verkrustete und rein bürgerliche Gemeindepolitik aufgemischt. Denn ein grosser Teil der Neuzugezogenen gehören nicht zur

CVP-Klientel, auch weil sie mit der katholischen Kirche nichts zu tun haben. Sie sind eher liberal und in vielen Fällen ökologischen Ideen und Forderungen zugeneigt.

Initiiert wurde das „Forum Oberägeri“ 1990 aber nicht aus ökologischen Motiven, sondern weil zum dritten Mal in Folge stille Wahlen für den Gemeinderat drohten. Ein paar Männer und Frauen wollten diese bedenkliche Situation nicht mehr hinnehmen. Sie traten mit einer Kandidatin und einem Kandidaten an, und beide wurden glanzvoll gewählt. *„Die Oberägerer Politlandschaft verändert sich massiv: Das Forum wird listenstärkste Partei. Eine Periode mit viel Knochen – und Aufbauarbeit beginnt.“*⁵ Bei den Gemeinderats- und Kantonsratswahlen 1998 erhält das Forum rund 20 Prozent der Listenstimmen. Obwohl das Forum 1998 eine Kandidatin in den Kantonsrat bringt, bleibt es eine auf die Gemeinde konzentrierte Gruppierung, bis es 2005 der „Alternative Kanton Zug“ beitrifft und mit anderen lokalen Gruppierungen auch an kantonalen und nationalen Themen arbeitet.

1998 wurde Marianne Weber als Vertreterin des Forums zum ersten Mal in den Gemeinderat gewählt. In die Lokalpolitik gelangte sie durch ihren Einsatz für die Kinderbetreuung in der Gemeinde. Ihr Einsatz in dieser Frage führte zu einem Konzept „Familienergänzende Kinderbetreuung in Oberägeri“, das subventionierte Plätze für den Mittagstisch, Tagesfamilien und Ganztages- und Randstundenbetreuung beinhaltet, was in einer ländlichen Gemeinde schon fast als revolutionärer Erfolg gewertet werden kann.

Das „Forum Oberägeri“ hat also nicht nur die Gemeindepolitik belebt und für Konkurrenz bei Wahlen gesorgt, sondern auch Themen aufgegriffen und politisch umgesetzt, die wichtige Anliegen der „neuen“ Bevölkerung betrafen, von den traditionellen bürgerlichen Parteien aber durch ihre Sicht auf die Gesellschaft nie aufgegriffen worden wären.

Frischen Wind in die Politik von Oberägeri kam auf der rechten Seite durch den Aufschwung der SVP und der Gründung einer Ortssektion in Oberägeri. Die Spuren der SVP in der Gemeindepolitik waren aber nicht so sichtbar wie diejenigen des Forums. Der Grund liegt in erster Linie darin, dass die SVP nicht im Hinblick auf die Gemeindepolitik ins Leben gerufen wurde, sondern in erster Linie mit dem Zweck, das Gedankengut der nationalen SVP zu verbreiten. Gleichwohl gelang ihr nach einigen Startschwierigkeiten der Sprung in die Gemeindeexekutive. Seit 2007 sitzt Andreas Meier für die SVP im zweiten Anlauf im Gemeinderat als Ressortleiter Schule.

In ihrem Selbstverständnis sieht sich die SVP nicht als weitere bürgerliche Partei, sondern neben dem Forum als zweite Oppositionskraft, einfach auf der anderen Seite, rechts von den etablierten Parteien. Die Startschwierigkeiten sind laut Meier in erster Linie auf die prekäre Personalsituation zurückzuführen, die in einer bürgerlichen Oppositionspartei noch stärker drücken als in einer etablierten Partei, welche davon profitiert, dass sie Bürgern, die sich in der Politik aktiv beteiligen wollen, eine besser etablierte Plattform (und günstigere Wahlchancen) anbieten kann.

Eine parteilose Bewegung als Opposition von rechts hat sich auch in **Obergerlafingen** im Kanton Solothurn etabliert. In der kleinen Gemeinde mit etwas mehr als 1000 Einwohnern gibt es sowohl im bürgerlichen Lager mit der FDP, als auch bei den Linken mit der SP starke politische Parteien. Diese rechte Opposition nennt sich die „Parteilosen“ und bildet die dritte Kraft neben den beiden etablierten Parteien. Ins Leben gerufen worden sind die Parteilosen in den 90er Jahren von einem Obergerlafinger Einwohner, um gegen die hohen Steuersätze und für Steuersenkungen zu kämpfen. Die „Parteilosen“ haben sich bis heute gehalten und

⁵ Aus der Website des Forums Oberägeri: <http://www.forum-oberaegeri.ch>, 23.11.10.

beanspruchen im aktuellen Gemeinderat zwei der sieben Sitze. Sie sind neben der FDP (3 Sitze) und der SP (2 Sitze) als dritte wichtige politische Kraft etabliert. Die Parteilosen nehmen mit ihrem Kampf gegen hohe Steuern mehr oder weniger die ideologische Position der SVP ein. Das Fehlen einer Sektion der SVP, die in Obergerlafingen gute Chancen hätte, mit ihrer Politik eine wichtige Rolle zu spielen, ist wohl darauf zurückzuführen, dass die Exponenten der Parteilosen sich nicht durch ein Parteikorsett in ihren Aktivitäten einengen lassen wollen.

Die städtische Luzerner Agglomerationsgemeinde **Horw** bietet politisch Interessierten ein breites Spektrum an Parteien an. Trotzdem hat sich seit 20 Jahren eine Gruppierung etablieren können, die aus der Umweltbewegung hervorgegangen ist. 1987 ist eine Bewegung mit dem Namen „die Linie 20“ an die Öffentlichkeit getreten. Eine Gruppe junger engagierter Leute wollte sich ganz unter dem Motto „global denken, lokal handeln“ an dem Ort, an dem sie wohnen, in die Politik einmischen. Interessant dabei ist, dass auch diese Gruppe, wie heute viele Gemeindeforen, mit dem Anspruch auftrat, sich gegenüber den üblichen Parteien abzugrenzen, „*denn wir wollen Sachpolitik betreiben, keine Wirtschafts-, Finanz- oder Interessenpolitik*“. Aus heutiger Sicht klar links positioniert, verstand sich die „L20“ als Alternative zum politischen Mainstream. Die jungen Leute wollten ein neues, modernes Gedankengut, überhaupt einen neuen Stil in die Horwer Politik bringen, der sich vom Grabenkampf zwischen CVP und FDP unterscheiden sollte. Konkret haben sich die Leute von „L20“ in einem Manifest von 1987 beschrieben: „Das politische Leben in Horw wird bereichert. Eine Gruppe von Leuten, die sich bisher in der Politik nicht vertreten fühlten, hat die Linie 20 ins Leben gerufen. Ihr Erfahrungshintergrund ist nicht die Wachstumseuphorie und der Fortschrittsglaube der 50er und 60er Jahre, sondern die Betroffenheit über die Folgen und Probleme daraus.“⁶

2003 ist Oskar Mathis als Repräsentant der „L20“ in das Amt des Sozialvorstehers gewählt worden. Für ihn liegen die Vorteile einer Vereinigung ausserhalb des traditionellen Parteienspektrums:

- in der Konzentration auf das Lokale,
- in der Unabhängigkeit von übergeordneten Parteiprogrammen
- im Minimum an formellen Strukturen und
- in der Konzentration auf für wichtig erkannte politische Inhalte.

In der Zwischenzeit ist aber auch die Bewegung „L20“ in die Jahre gekommen, hat viel von ihrer Unbeschwertheit verloren und sich von einer Oppositions- zu einer regierungsfreundlichen Partei gewandelt. Erstaunlicherweise gilt die „L20“ heute als die Partei im Parlament, die mit der Exekutive am konstruktivsten zusammenarbeitet. Dagegen haben sich die bürgerlichen Parteien im Parlament zu den schärfsten Kritikern der Exekutive gewandelt. Die „L20“ wird heute nicht nur von aussen als Partei bezeichnet, sondern auch ihre Leute selber betrachten sie nicht mehr als informelle „Gemeinschaft“, sondern als formelle Partei.

Somit wird die „L20“ auch nicht von den parteiüblichen Problemen verschont. Zum Beispiel plagt sie wie andere Parteien auch ernsthafte Nachwuchsprobleme. Es fällt ihr ausserordentlich schwer, junge, interessierte Leute in ihre Reihen zu integrieren. Aus der Sicht der L20 fehlt den Jungen letztlich der Durchhaltewille, wenn sie sich für ein Engagement entschieden haben. Die Personalknappheit äusserte sich 2008 darin, dass sie zum ersten Mal grosse Mühe hatten, die Liste für die Parlamentswahlen zusammenzustellen. Arnold Mathis ist der Meinung, dass die L20 schweren Zeiten entgegen geht. Ihr Zenit sei überschritten, weil sie einerseits wie schon erwähnt mit Nachwuchsproblemen kämpft, andererseits aber auch etwas den Schwung ihrer Anfangsjahre verloren hat.

⁶ Grünschnäbel, Infoblatt, Jubiläumsausgabe der L20, 2007, S.4.

Die Beispiele Horw und Oberägeri illustrieren, wie in Gemeinden mit einer relativ intakten Parteienlandschaft informelle und spontane Bewegungen aus Bevölkerungskreisen Defizite des politischen Systems in den jeweiligen Gemeinden nutzten, um sich in einem nicht bewirtschafteten Bereich des Themenspektrums zu konstituieren. In Horw war es das geschlossene und verkrustete System der dominierenden Parteien, die junge Leute aus dem Umfeld neuer sozialer Bewegungen dazu animierte, sich in das politische Geschehen einzumischen. In Oberägeri führte der nicht (mehr) vorhandene Wettbewerb bei den Gemeindewahlen zur Entstehung eines Forums, das eine Alternative zu den etablierten Parteien anbieten wollte.

In beiden Fällen kann man von einer Erfolgsgeschichte sprechen. Beide Bewegungen wurden von linken Ideen und Forderungen getragen. Es wurde aber auch aufgezeigt, dass diese Bewegungen ohne Entwicklung formaler, parteiähnlicher Strukturen auf Dauer nicht überlebensfähig sind. So kann die „L20“ heute als Partei bezeichnet werden, die in Horw gleichberechtigt mit den anderen Parteien um die Behördenämter konkurriert. Auch das Forum Oberägeri hat sich mit dem Beitritt zum Verein „Alternative Kanton Zug“ ein Gerüst gegeben, das sich von normalen Parteien nicht mehr unterscheidet. Es wird aber auch deutlich, dass diese Bewegungen mit den gleichen Problemen wie die Parteien kämpfen. So fällt ihnen der Einbezug von Nachwuchskräften fast noch schwerer als den Parteien, weil sie auf Themen aufgebaut sind, die von ihrer Aktualität her generationenspezifisch sind und schwerlich für eine nachfolgende Generation erneuert werden können.

2.5 Parteilose im Präsidium kleiner Städte

In letzter Zeit ist aufgefallen, dass die Präsidien kleiner und mittlerer Städte mehr als früher von Parteilosen geführt wurden bzw. werden. In Uster führte beispielsweise der parteilose Hans Thalmann 12 Jahre lang von 1986 bis 1998 die Geschicke der Stadt. In Bülach und Affoltern am Albis, zwei Kleinstädten im Kanton Zürich, standen oder stehen auch ein parteiloser Präsident resp. eine parteilose Präsidentin an der Spitze der politischen Behörden. Die Parteilosigkeit der beiden Amtsinhaber hat allerdings unterschiedliche Gründe. In Affoltern a. A. ist Irene Enderli 1998 als Vertreterin der SVP als Gemeindepräsidentin gewählt worden. 2007 ist sie aus der SVP ausgetreten, nachdem sie vor der Abstimmung über die Totalrevision der Gemeindeordnung von Exponenten ihrer eigenen Partei wegen der Frage der Zuständigkeit für Einbürgerungen heftig und persönlich angegriffen worden war. Es waren letztlich nicht inhaltliche oder parteipolitische Motive, sondern persönliche Gründe, die zu ihrem Austritt führten. Danach hat sie bis zu ihrem Rücktritt 2010 die Gemeinde als Parteilose geführt. In ihrer Amtstätigkeit hat sie den Rückhalt der Partei in keiner Weise vermisst und die Parteilosigkeit nicht als Nachteil empfunden. Im Gegenteil hat sie frei von politischen Zwängen für das Gemeinwohl entscheiden können.

Auch Walter Bosshard, der Stadtpräsident von Bülach, empfindet seine Parteilosigkeit als grossen Vorteil, denn die polarisierten Parteien hätten so weniger Vorbehalte gegen ihn. Bülach hat ein Parlament, deshalb machen sich die Parteien in der Gemeinde stark bemerkbar, man spürt eine starke Blockbildung mit der SVP und der FDP gegen die übrigen Parteien. Darin liegt auch der Grund, weshalb die Wahl für das Präsidium auf einen Parteilosen gefallen ist. Denn obwohl die Bürgerlichen (SVP und FDP) die Mehrheit im Parlament besitzen, trauten sie sich wegen der polarisierten Stimmung den Gewinn des Präsidiums aus eigener Kraft nicht zu.

Deshalb haben SVP und FDP den parteilosen Bosshard angefragt, der schliesslich im ersten Wahlgang mit einer komfortablen Mehrheit gewählt wurde.

Durch sein jahrelanges grosses Engagement in lokalen Vereinen und Kommissionen war er in Bülach bestens bekannt und vernetzt, und trotz seiner bekannten SVP-Nähe ist er über den Kreis der Bürgerlichen hinaus in der bürgerlichen Szene und in weiten Bevölkerungskreisen anerkannt. Er gilt als offen für alle Seiten und hat, nach eigener Aussage, neben seinem bürgerlichen Fundament auch eine grüne Seite. Er kann sich also nicht eindeutig einer konkreten Partei zuordnen.

2.6 Ein zwiespältiger Blick in die Zukunft

Der Zustand kommunaler Parteiensysteme (bzw. einzelner Lokalparteien) wird, wie oben beschrieben, stark von verschiedenen Gemeindefaktoren (vor allem von der Einwohnerzahl aber auch von der regionalen Zugehörigkeit oder der Parteizusammensetzung des politischen Systems auf kommunaler und kantonaler Ebene), bestimmt. In den grossen Gemeinden mit mehr 8000 bis 10000 Einwohnern ist das Parteiensystem nach wie vor derart intakt, dass in der Regel ein Parteienwettbewerb um die Ämter stattfindet. In Gemeinden mittlerer Grösse bilden die Parteien zwar noch die beherrschende Kraft, sind aber ohne lokale Gruppierungen oder Parteilose häufig nicht mehr in der Lage, die Gemeindepolitik zu organisieren. Und in den vielen kleinen und Kleinstgemeinden sind nur noch Spurenelemente von Parteien in Form von einzelnen Personen, die die Fahne der Partei aufrechterhalten, oder in Form von Adressen oder Briefkasten übriggeblieben. Die entscheidenden Akteure bilden dort Parteilose, die sich aus welchen Gründen auch immer, für die Ämter zur Verfügung stellen.

Über die Entwicklung der Parteien in der näheren Vergangenheit und für die nächsten Jahre sind sich praktisch alle befragten Gemeinde- und Stadträte einig. Erstens hat das Rendement der Parteien in den letzten 10 bis 20 Jahren massiv nachgelassen. Auch in den grossen Gemeinden haben sich die zentralen Probleme der Ortsparteien akzentuiert: Überalterung, ausbleibender Nachwuchs und enorme Probleme bei der Rekrutierung von Personal für die Ämter. Deshalb haben auch grössere Sektionen angefangen, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten ausserhalb der Partei zu suchen, die sie dann mit der Zeit in die Partei zu integrieren versuchen.

Der Rückgang der Parteien wird von den Parteivertretern als Verlust für die politische Kultur auf Gemeindeebene angesehen. Die breite Meinungsbildung geht etwas verloren. So ist es z.B. für die Sektionen ein schwerwiegendes Problem, dass Persönlichkeiten, die Führungsaufgaben in der Partei übernehmen könnten, nicht mehr unbedingt in der Gemeinde wohnen. Der Erosionsprozess ist häufig schon so weit fortgeschritten, dass es enorm schwer fällt, nur schon Leute für den Vorstand zu finden, geschweige denn für die parteiliche Basisarbeit zu gewinnen. Es will sich niemand mehr binden und dazu Extraarbeit leisten. Parteiarbeit ist nicht spannend und bringt nichts.

Die Folge davon ist, dass die Parteien weniger als früher ein eigenständiges Profil aufweisen. Hatten Parteienlässe einmal über die Partei hinausweisende Resonanz gefunden, müssen Parteiversammlungen heute oft mit nicht viel mehr als einer Handvoll Personen auskommen. Einer der befragten Gemeinderäte hat gesagt, dass die Krux darin bestünde, dass das negative Image der Parteien die Leute sogar davon abhält, Parteiveranstaltungen mit Themen, die sie

interessieren zu besuchen. *“Sobald die Leute sehen, dass der Anlass von der Partei ausgeschrieben ist, bleiben sie zu Hause.”* Ganz allgemein sei das Prestige der Parteien total am Boden. Ein anderer Gemeinderat drückt es so aus, dass die Parteimitglieder einfach *„das 2 auf dem Rücken hätten“*.

Für die absehbare Zukunft sieht niemand eine Trendwende dieser negativen Entwicklung. Was bedeutet diese anhaltende Erosion der Parteien für die Zukunft der Gemeindepolitik? Zuerst muss man davon ausgehen, dass die Gemeinden ein Stück ihrer Stabilität verlieren und die einzuschlagende Richtung bei vielen Fragen, die die Gemeinde betreffen, offener und schwieriger antizipiert werden können. Finanz-, Bau- oder sozialpolitische Entscheide von grosser Tragweite könnten, da ohne Regulierung durch Parteien personelle und inhaltliche Kontinuität in der Exekutive zufällig werden, in einer nächsten Amtsperiode wieder umgestossen werden.

Andererseits kann man die Folgen auch positiv sehen. Denn nicht wenige der Befragten sind der Ansicht, dass Gemeindepolitik auch ohne Parteien funktioniert. Da kein Verlass mehr darauf sein kann, dass sich eine oder mehrere Parteien routinemässig um die Kandidatenrekrutierung kümmern (können), ist mehr Initiative von einzelnen Persönlichkeiten gefragt, sich im Alleingang oder im Rahmen einer informelleren Gruppierung zur Verfügung zu stellen. Diese Gruppierungen sind zwar oft schnelllebig und können in kurzer Zeit wieder auseinanderfallen, dafür sind sie näher bei den Stimmbürgern, können aktuelle Themen rasch aufgreifen und in die Gemeindepolitik transportiert werden.

Was aber durch den schwindenden Einfluss der Parteien sicher in Mitleidenschaft gezogen oder sogar gekappt wird, ist die Anbindung an überlokale politische Themen und Diskurse. Auch die angesichts der immer stärkere interkommunale Zusammenarbeit in regionalen Zusammenschlüssen sowie zwischen dem Kanton und den Gemeinden dürfte durch die Absenz der Parteien zunehmend problematischer werden.